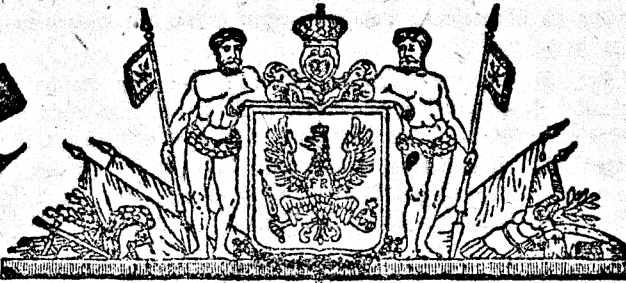


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 5,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestallg.). Anzeigen: Zelle 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zelle. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11.800, 11.801, 11.802 bis 11.851, sowie 15.277, 15.281, 15.282 bis 15.298

Deutsche Geschäftsträger.

Es ist bereits mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung genötigt gewesen ist, die beabsichtigte Ernennung des Gesandten Dr. Rosen zum Geschäftsträger in Spanien wieder rückgängig zu machen, da die spanische Regierung das Abkommen nicht erteilt habe. Nach unseren neuesten Informationen stimmt in dieser Form die Nachricht nicht. Offiziell ist ein Abkommen in Madrid überhaupt nicht nachgesucht worden. Denn es war geplant, Herrn Dr. Rosen vorerst lediglich als Geschäftsträger, nicht als Botschafter zu entsenden, und nach völkerrechtlichem Brauch besteht die Notwendigkeit der amtlichen Zustimmung des Empfangsstaates bei der Bestellung von Geschäftsträgern nicht.

Daß das Deutsche Reich vorläufig sich mit der Entsendung von Geschäftsträgern begnügt, ist durch das Vorgehen der Entente bedingt, die ihrerseits den diplomatischen Verkehr mit Deutschland durch die Entsendung von Geschäftsträgern eröffnet hat. Die insbesondere von England und Frankreich gewählten Persönlichkeiten sind Beamte, die bisher als Gesandte noch nicht tätig waren und teilweise, wie zum Beispiel der erst 34jährige Lord Rijnantod noch im jugendlichen Alter stehen. Es lag nahe, und scheint auch von einzelnen politischen Stellen im Auswärtigen Amt beauftragt zu sein, daß Deutschland bei der Auswahl der Geschäftsträger gleichfalls in der Hauptsache auf junge Beamte zurückgreife. Dagegen sprach, daß es bei der augenblicklichen schwierigen diplomatischen Lage Deutschlands geraten schien, auf die wichtigsten Posten Persönlichkeiten zu stellen, denen besondere politische und geschäftliche Gewandtheit zuzutrauen war. Das hätte man vielleicht dadurch erreichen können, daß man, wie es ja auch beim Bürgermeister Schamer der Fall gewesen ist, die eine oder andere nicht diplomatische Persönlichkeit von Ruf auf eine gewisse Zeit für den Reichsdienst verpflichtete. Die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes scheint aber nach allem, was man hört, gemeinsam mit dem Minister die neuen Leute nach Gesichtspunkten ausgesucht zu haben, die für die Behandlung solcher Fragen im neuen Deutschland charakteristisch sind. Es sollte eine Liste aufgestellt werden, die nach außen der inneren Erneuerung Deutschlands als Fassade dient. Und so entstand jene eigenartige Zusammenstellung von alten Diplomaten, Militärs und innerpolitischen Parteiführern. Die Diplomaten und Militärs wurden danach ausgesucht, ob sie namentlich in Bezug auf die U-Boot-Frage während des Krieges „unbelastet“ geblieben waren.

Daß der Minister des Auswärtigen bei der Zusammenstellung dieser Liste die Gesinnung seiner Kabinettskollegen richtig eingeschätzt hatte, beweist die Tatsache, daß das Kabinett sich ohne Debatte mit seinen Vorschlägen einverstanden erklärte. Als Vorschlag war die dem Kabinett vorgelegte Liste der zu entsendenden Persönlichkeiten zunächst gebacht. Das Kabinett beschloß merkwürdigerweise aber nicht bloß seine Zustimmung, sondern gleichzeitig auch die Veröffentlichung der Liste. Wenigstens muß man das annehmen; denn noch am selben Abend erfolgte durch die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, deren Leiter den Kabinettsitzungen beizumohnen pflegt, die Veröffentlichung unter Vermittlung des Wolffschen Telegraphenbüros. Am meisten überrascht von dieser Veröffentlichung waren einige der in der Liste genannten Persönlichkeiten. So hören wir zum Beispiel, daß der Gesandte Dr. Rosen durch Rückfrage in Berlin sich erkundigte, ob die ihm im Haag zur Kenntnis gelangene Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros stimme. Tatsächlich war mit den vorzuschlagenden Persönlichkeiten teilweise auch noch gar keine Fühlung genommen worden.

Besonderes Aufsehen erregte die Veröffentlichung aber in den Kreisen des in Berlin akkreditierten diplomatischen Korps. Wenn auch zur Ernennung von Geschäftsträgern das offizielle Abkommen nicht eingeholt zu werden braucht, so entspricht es doch den diplomatischen Gepflogenheiten, daß vor der Bestellung von Geschäftsträgern private Fühlung in den Empfangsstaaten gesucht wird. Es ist wohl sicher auch die Absicht des Auswärtigen Amtes gewesen, so zu verfahren. Das wurde jedoch durch die vorzeitige Veröffentlichung verhindert. Bei der nachträglichen Fühlungnahme hat sich nun bis jetzt herausgestellt, daß Dr. Rosen in Spanien aus den bereits angebotenen Gründen nicht genehm war. Es scheint in Madrid überdies auch nicht ganz klar gewesen zu sein, ob man eine so beschränkte und der Öffentlichkeit nach so alte Persönlichkeit wie Dr. Rosen als Geschäftsträger oder als endgültigen Botschafter entsenden wollte. Denn spanischerseits wurde sehr höflich erklärt, daß man es Deutschland freistelle, einen Geschäftsträger oder einen Botschafter zu entsenden. Daß Spanien aber seinerseits es vorläufig bei der Entsendung eines Geschäftsträgers belassen werde. Aus dieser Form der Mitteilung geht hervor, daß bei der Frage des spanischen Arguments wahrscheinlich eine gewisse Rolle auch die Tatsache gespielt hat, daß die Entente in der Dohren-Frage Schwierigkeiten macht. Ein spanischer Botschafter in Berlin wäre unter den obwaltenden Verhältnissen ohne weiteres der Führer des diplomatischen Korps. Das wäre der

Entente nicht genehm, und die Spanier scheinen sich dieser schwierigen Situation dadurch entziehen zu wollen, daß sie auf die Entsendung eines Botschafters vorläufig verzichten. Das würde ihnen natürlich dann erleichtert, wenn Deutschland ebenso verfährt, und daher der spanische Wink.

Alle diese Komplikationen hätte sich die deutsche Regierung ersparen können, wenn sie so vorgegangen wäre, wie es den diplomatischen Regeln entspricht, und wenn sie nicht das Be-

dürfnis gehabt hätte, anstatt endlich einmal mit der Reform des diplomatischen Dienstes ernstlich zu beginnen, ein innerpolitisches Schauegepränge zu veranstalten. Dem Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland hat sie mit ihrem Vorgehen nicht genügt, und man darf nur hoffen, was leider nicht sicher ist, daß sie nicht noch mit weiteren Besetzungen ähnlicher Erfahrungen wie mit dem Madrider Posten macht.

B. H. d.

Der Revolveranschlag auf Erzberger.

Auf den Reichsfinanzminister Matthias Erzberger ist gestern nachmittag nach Beendigung der Gerichtsverhandlungen gegen den Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich, wie wir bereits in einem großen Teile der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ mitteilten, ein Revolveranschlag verübt worden. Ein junger Mann, der nach seiner Verhaftung als der 20jährige Unteroffizier und frühere Führer Otto von Hirschfeld, der bei seinem Vater, einem Bankbeamten, in Steglitz, Fregestraße 48, wohnt, festgestellt worden ist, hat auf den Minister zwei Revolvergeschosse abgegeben. Während der eine Schuß durch einen glücklichen Zufall keine Verletzung hervorrief, hat die zweite Kugel die Schulter Erzbergers durchbohrt und ist in die Brust eingedrungen. Das Befinden des Ministers, der sofort in ärztliche Behandlung und dann in seine Privatwohnung gebracht wurde, gibt, wie wir hören, zu Besorgnissen keinen Anlaß. Die Behandlung Erzbergers hat Professor Dr. Plesch übernommen. Der Sitz der Kugel konnte noch nicht festgestellt werden. Man nimmt an, daß das Geschoss in die Lunge eingedrungen ist. Dieser Mitteilung stehen erfreulicherweise die Angaben einer amtlichen Meldung entgegen, nach der die Kugel in der rechten Schulter steck.

Ueber die Einzelheiten des Anschlags macht uns der Verteidiger des Ministers, Rechtsanwalt Dr. Eugen Friedländer, der sich in der Begleitung Erzbergers befand, folgende Angaben:

„Minister Erzberger, Geheimrat Hämmer und ich verließen, wie alljährlich seit Beginn des Prozesses, so auch gestern das Kriminalgericht durch eine Seitenpforte in der Turmstraße. Der Minister und sein Geheimrat bestiegen nach Verlassen des Gerichtsgebäudes sofort das vor der Tür wartende Automobil, während ich noch dem Schöffur mitteilte, wo er mich abholen sollte. Noch während meines Gesprächs mit dem Wagenführer drängte sich ein junger, beschreibend aussehender Mann an das Automobil heran und fragte den Minister: „Sind Sie Herr Erzberger?“ Der Minister antwortete: „Gehen Sie doch fort“ und ersuchte mich, im Wagen Platz zu nehmen. In diesem Augenblick zog der junge Mann einen Revolver hervor und gab einen Schuß auf Herrn Erzberger ab. Daraufhin schrie ich mich sofort auf den Revolverführer und versuchte, ihm die Waffe zu entreißen. Ehe mir das gelang, gab der Unbekannte durch das Fenster des Automobils einen zweiten Schuß ab. Der Minister stieß einen Schmerzensruf aus und rief: „Ich bin an der Schulter getroffen.“ Inzwischen hatte ich den Attentäter gefaßt, ihn zu Boden geworfen und ihm die Waffe entwunden. Ein Beamter der Sicherheitswehr sprang mir bei und nahm den jungen Mann fest. Er wurde in die Wache des Gerichtsgebäudes gebracht, wo er angab, daß er der 20jährige Führer und letzte Schüler Otto von Hirschfeld sei, der bei seinem Vater in Steglitz, Fregestraße 48, wohne.

Der Minister, der keinen Augenblick die Bestimmung verlor, knippte sofort seinen Rock und seine Weste auf und rief dem Schöffur zu, daß er zu einem Arzt, dessen Namen er angab, fahren solle. Hier stellte sich heraus, daß der erste Schuß die Uhrkette des Ministers durchbohrt hatte, daß er auch durch die Kleider hindurchgegangen und dann am Unterleib, ohne eine Verletzung herbeigeführt zu haben, abgerutscht war. Die Kugel wurde später im Sitzpolster des Automobils gefunden. Die zweite Kugel hat die Schulter durchbohrt und ist in die Brust eingedrungen. Der Sitz der Kugel wird durch eine Röntgen-Aufnahme festgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß Komplikationen nicht eintreten werden.

Soweit sich über die Fortführung des Prozesses etwas sagen läßt, möchte ich meine Meinung dahin zum Ausdruck bringen, daß wir versuchen werden, die Verhandlung weiterzuführen. Sollte der Minister in den ersten Tagen nicht in der Lage sein, an der Verhandlung teilzunehmen, so wird man versuchen müssen ohne ihn auszukommen. Selbstverständlich ist es in der Hauptsache eine Frage, die das Gericht zu entscheiden haben wird, ob auch nur einen Tag ohne den Minister verhandelt werden kann.“

Bei seiner Vernehmung, die sofort nach der Verhaftung im Gebäude des Kriminalgerichts vorgenommen wurde, erklärte der Attentäter, daß ihn politische Beweggründe zu der Tat bewogen hätten. Er sei der Ansicht, daß man Deutschland von Erzberger befreien müsse. Um sich ein klares Bild von der Tätigkeit Erzbergers machen zu können, habe er gestern der Verhandlung gegen Dr. Helfferich beigewohnt und sich davon überzeugt, daß Erz-

berger eigenständige Ziele verfolgte und die Interessen des Reiches hintenansetze. Aus diesem Grunde habe er sich zur Ausführung des schon längst erwogenen Planes, den Reichsfinanzminister unabsichtlich zu machen, entschlossen. Da er den Minister nicht gekannt habe, so habe er sich durch eine Frage vergewissert, wer der Minister sei. Darauf habe er auf den Minister zunächst einen Schuß abgegeben. Er habe dann zum zweiten Male durch das Fenster geschossen, weil er nicht sicher gewesen sei, ob er getroffen habe. Er will nicht die Absicht gehabt haben, den Minister zu töten. Er habe deshalb absichtlich nicht auf den Kopf, sondern nach der Brust gezielt. Der Gedanke, den Minister unabsichtlich zu machen, sei ihm nach dem Lesen der Prozeßberichte gekommen. Die Tat habe er mit niemandem besprochen; insbesondere sei seine Eltern ohne jede Kenntnis von seinem Vorhaben gewesen. Er hob ausdrücklich hervor, daß er die Tat aus eigenem Antriebe und ohne jede Beeinflussung von dritter Seite ausgeführt habe.

Charakteristisch ist ein Brief, den er nach seiner Verhaftung an seine Eltern geschrieben hat. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Eltern! Es ist mir gelungen, Minister Erzberger anzuschließen. Hoffentlich mit dem Erfolge seines Ausscheidens aus der Regierung. Mein Leben ist zu Ende; aber ich scheide mit dem Bewußtsein, meinem Volke genügt zu haben. Herzlichste Grüße. Otto von Hirschfeld.“

Die Serie der politischen Revolvergeschüsse nimmt allmählich in einem Grade überhand, der es verbietet, sich auf das selbstverständliche menschliche Bedauern und auf die hergebrachte Entrüstung über den Täter zu beschränken. Man muß sich endlich die Frage vorlegen, woher es kommt, daß Wort und Mordverbrechen zu einem nicht mehr ungewöhnlichen Requisite unseres politischen Lebens zu gehören scheinen. Regelmäßig in solchen Fällen, mag es sich nun um Erzberger oder Eisner oder Haase gehandelt haben, ist, daß die Waffe von einem Minderjährigen im politischen oder im wörtlichen Sinne geführt wird. Es ist nicht zu bezweifeln, daß alle diese Täter den Impuls für ihre Handlung aus einer aufreizenden Versammlungs- und Zeitungskampagne empfangen haben, die, anstatt einen politischen Kampf zu führen, die persönliche Verfehlung dieses oder jenes Politikers zu ihrer Aufgabe gemacht hat. Nirgends vielleicht ist früher und schärfer gegen politische Fehler Erzbergers angefaßt worden, als in der „Vossischen Zeitung“. Wir sind jeder politischen Vorliebe für Erzberger so unverbäglich wie irgendwer, und in der „Vossischen Zeitung“ ist auch gerade erst gestern morgen auf die politisch-moralische Bedeutung hingewiesen worden, die der Erzberger-Prozess schon jetzt gewonnen hat. Um so nachdrücklicher aber müssen wir uns gegen die unheilvolle Verwechslung zwischen Person und politischer Tätigkeit wenden, die im Kampf der Meinungen gerade hier wieder an den Tag getreten ist.

Diese Verwechslung ist ein typisches Kennzeichen für das Niveau der gegenwärtigen Partei- und Regierungspolitik überhaupt. Sie entzieht dadurch, daß der belämpften Handlungsweise eines Politikers, einer Partei oder einer Regierung so gut wie niemals positive Gegenvorschläge entgegen gestellt werden können. Dieser Kampf der Ideenlosigkeit